

Berliner Sparkurs: 25.000 Studienplätze in Gefahr!

Der Berliner Senat plant Kürzungen von 280 Millionen Euro an Hochschulen, was 25.000 Studienplätzen gefährdet.

Berlin, Deutschland - Der Berliner Senat hat seinen Sparkurs an den Hochschulen verschärft, was weitreichende Folgen für die Bildungslandschaft der Hauptstadt haben könnte. Geplant sind drastische Kürzungen von insgesamt 280 Millionen Euro für das Jahr 2025. In den Folgejahren sind weitere Einsparungen von 165 Millionen Euro vorgesehen, davon 81 Millionen Euro im Jahr 2026 und 84 Millionen Euro im Jahr 2027. Dies berichtet **t-online.de**.

Jens Hermsdorf, Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, schätzt, dass bis 2027 bis zu 25.000 Studienplätze wegfallen könnten. Dies entspricht einem durchschnittlichen Abbau von acht Prozent per Hochschule und Jahr. Besonders besorgniserregend ist die Situation an der Universität der Künste (UdK), die in diesem Jahr die Zulassung neuer Studierender in Betracht zieht. UdK-Präsident Norbert Palz gibt zu, dass ab dem kommenden Jahr Schwierigkeiten auftreten könnten, die laufenden Kosten zu decken.

Details zu den Kürzungen

Die vorliegenden Kürzungen sind nicht überraschend, da der Senat seine Sparliste nach Protesten angepasst hat. Laut **tagesspiegel.de** wurden einige Kürzungen zurückgenommen, andere jedoch neu hinzugefügt. Unter der Neuaushandlung der Hochschulverträge ergeben sich Einsparungen von 106,7

Millionen Euro – ein Anstieg im Vergleich zu den ursprünglich geplanten 100 Millionen Euro. 66,3 Millionen Euro davon betreffen Berlins Universitäten, 15 Millionen Euro die Fachhochschulen und 8,4 Millionen Euro die Kunsthochschulen. Zudem wird die Charité mit einem um 17 Millionen Euro reduzierten Zuschuss vom Land Berlin konfrontiert.

Erfreulicherweise muss die Berlin Quantum Alliance weniger sparen: Die Kürzung wurde von 6 Millionen Euro auf 3 Millionen Euro reduziert. Außerdem bleibt der Zuschuss für das Zentrum für Informationstechnik bei 1,2 Millionen Euro. Dennoch gibt es auch bei anderen Einrichtungen Einschnitte, darunter das Studierendenwerk, dessen Zuschuss um 950.000 Euro gesenkt wurde.

Langfristige Auswirkungen und Widerstand

Die geplanten Kürzungen im Bildungsbereich könnten langfristige Konsequenzen mit sich bringen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Berlin warnt, dass diese Einschnitte insbesondere die Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche beeinträchtigen und an Hochschulen weitere Stellen unbesetzt bleiben könnten. Gökhan Akgün von der GEW stellt die Frage nach den sozialen Kosten, die durch den Verlust von Fachkräften und steigende Unterstützungsbedarfe entstehen können. Martina Regulin, die Vorsitzende der GEW, kritisiert die Maßnahmen als nicht zukunftsorientiert und fordert ein Umdenken, insbesondere in den Bereichen Jugendsozialarbeit und Digitalisierung.

Der Widerstand gegen die Sparmaßnahmen formiert sich bereits. Proteste sind für den 21. November angekündigt, um auf die gravierenden Folgen der Kürzungen hinzuweisen. Das Bündnis #unkürzbar fordert eine Sicherung der Finanzierung für die Kinder- und Jugendarbeit sowie die Familienförderung in Berlin-Mitte für 2025.

Die aktuellen Einschnitte im Bildungsbereich stellen eine

immense Herausforderung dar und unterstreichen die Notwendigkeit, langfristige Strategien zu entwickeln, um die Qualität der Ausbildung und die Bedürfnisse der Studierenden zu sichern.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ursache	Kürzungen
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.t-online.de • www.tagesspiegel.de • bildungsklick.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de